

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 1520-0  
Telex: 886846 ppbn d  
Teletax: 9 1520-12



## Inhalt

Hans Koschnick MdB zu den Friedensaus-sichten in Israel: Die neue israelische Regie-rung hat sich vorge-stellt.

Seite 1

Dr. Robert M.W. Kemp-ner erinnert an den "Preußenschlag" vor 60 Jahren.

Seite 2

Klaus Lennartz MdB zur Ausbreitung von Pesti-ziden in der Umwelt: Die Abrüstung chemi-scher Giftkampfstoffe gegen die Natur ist überfällig.

Seite 3

47. Jahrgang / 135

17. Juli 1992

### Die neue israelische Regierung hat sich vorgestellt

Von Hans Koschnick MdB

Die Wahlniederlage der Likud-Koalition in Israel und die Bildung einer auf Ausgleich im Nahen Osten gerichteten neuen Regierung unter Führung der Arbeiterpartei hat die politische Landschaft in und um Israel verändert.

Die neue Regierung unter Yitzhak Rabin, getragen von der Arbeiterpartei, dem Friedensbündnis "Meretz" und der religiösen Partei sepharadischer Prägung "Shas", verfügt in der 120köpfigen Knesset über 62 Mandate und kann zudem mit den zwei Stimmen der Arabisch-Demokratischen Partei rechnen.

Gewohnt, mit kleineren Knesset-Mehrheiten in Jerusalem zu regieren, kann diese Regierung zu einer großen außen- wie innenpolitischen Veränderung führen. Sie ist keine Linksregierung, wie es gelegentlich im europäischen Blätterwald vermeldet wurde, sondern eine Regierung der Mitte, allerdings mit einer erheblich stärkeren Akzentuierung zum linken Spektrum als in den letzten 15 Jahren üblich. Doch dominierend ist und bleibt das Zentrum.

Da der Ausgleich mit den Palästinensern und den arabischen Nachbarn - unter Beachtung der eigenen Sicherheitsinteressen natürlich - nicht nur eine ausschließlich linke Position in der israelischen Gesellschaft repräsentiert, sondern auch Gut des liberalen Staats- und Menschenrechtsverständnisses, ja selbst im religiös-konservativen Lager mitbestimmend ist, stellt sich jetzt die Frage, wie stark der Einfluß der "PEACE Now"-Bewegung, die Bedeutung der "Tauben" in diesem Bündnis sein wird.

Die Regierungserklärung von Yitzhak Rabin macht das noch nicht klar. Sicher, sie hebt sich in ihrer deutlichen Friedensaussage, in dem Angebot zu permanenten Verhandlungen, in der Hoffnung auf ägyptische Unterstützung wohltuend ab von Erklärungen der Regierung Shamir, doch am Ende werden nicht Worte gewogen, sondern Taten.

In Kenntnis dessen, daß man sein Pulver für Verhandlungen trockenhalten muß und es nicht vorzeitig verbrauchen darf, durfte man nicht erwarten, daß Regierungserklärung wie Reaktion der palästinensisch-arabischen Seite umstürzende Ergebnisse bringen würden. Doch ist beides viel moderater ausgefallen, als zunächst zu befürchten war.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Veränderte Umfang  
mit veränderten Kolonien  
Rezeptions-Papier



Die Tatsache, daß Gespräche über eine in Camp David verabredete und über die Madrider Friedensgespräche neu auf die Tagesordnung gesetzte Autonomieregelung von Rabin als erster Schritt bezeichnet werden und angekündigt wird, nach folgenden drei Jahren zu einer beständigen, endgültigen Statusregelung zu kommen sowie das spezielle Angebot an die palästinensisch-jordanischen Verhandlungskommissionen zu einem sofortigen grundsätzlichen Gedankenaustausch zu gelangen, macht deutlich, daß man die (PLO-) Realitäten ernst nimmt, wenngleich Rabin - was für Kenner der Situation im palästinensischen Lager nur zu gut zu verstehen ist - lediglich die Verhandlungspartner aus der Westbank und dem Gazastreifen (unausgesprochen auch aus Ost-Jerusalem) mit seinem Vorschlag anspricht.

Die Tatsache, daß Rabin Shimon Peres als Außenminister akzeptierte, war und ist ein Angebot an die arabische Seite, hat doch Peres in seiner Zeit als Ministerpräsident beziehungsweise als Außenminister in der "Koalition der nationalen Einheit" erhebliches Vertrauenskapital in der arabischen Welt sammeln können. Warten wir also ab, was die nächsten Monate bringen werden, denn manches hängt nicht von Israel ab, auch die arabische Seite muß sich neu finden.

Doch für beide Seiten gilt der Satz aus der Regierungserklärung von Rabin: "Denn es gibt keinen größeren Sieg als den Sieg des Friedens. Kriege haben ihre Sieger und ihre Besiegten, im Frieden aber ist jeder Sieger".

Das klingt pathetisch, bleibt auch problematisch dort, wo man Sicherheit über den Frieden stellt, doch unsere eigene Geschichte beweist: Ohne Sicherheit gibt es keinen Frieden. Sicherheit miteinander, nicht gegeneinander ist damit Ziel einer jeglichen Ausgleichspolitik. Das ist nicht über Nacht, auch nicht über Wahlergebnisse allein zu schaffen, sondern verlangt geduldiges, aber konsequentes Bemühen. Die Hoffnungen, daß das von den Kontrahenten im Nahost-Konflikt gleichermaßen gesehen wird, sind nicht übergroß, doch ein Anfang ist gemacht.

Erleichtert wird diese Position, wenn die Absichten der Regierung Rabin in der innerisraelischen gesellschaftlichen Umformung realisiert werden können, denn dann würde endlich ein Gleichklang zwischen innerstaatlichen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Angeboten mit den Erfordernissen der Außenpolitik gelingen.

(-/17. Juli 1992/rs/fr)

\*\*\*\*\*

### Der Preußenschlag

Vor 60 Jahren erfolgte der Anschlag auf den Kern der Weimarer Republik

Von Dr. Robert M.W. Kempner

Vor sechzig Jahren, am 20. Juli 1932, passierte etwas, das - längst vergessen - heute wie die Vorschattierung von Hitlers Eroberungen der Länder Europas wirkt. Es war der Preußenschlag, die "Eroberung" Preußens - der Schlag in den Kern der Weimarer Republik. Zwar war Adolf Hitler selbst noch nicht an die Macht gekommen. Aber sein "Steigbügelhalter" Franz von Papen, hat sozusagen die erste Hitler-Tat vorweggenommen. Reichskanzler seit dem ersten Juni, hat von Papen - unter der Schutzherrschaft des Reichspräsidenten von Hindenburg - in einer Blitzaktion Preußen zu einem kommissarisch-geleiteten Vasall-Land erniedrigt, seinen Ministerpräsidenten Otto Braun und den preußischen Innenminister Carl Severing (beide SPD) außer Amt gesetzt, seinen Polizeipräsidenten Grzesinski, zusammen mit dem Vize Bernhard Weiß und den Schutzpolizeichef Helmsberg verhaftet. Derselbe Franz von Papen, der später stolz vor dem Nürnberger Internationalen Tribunal erklärte: "Ich war auf Boden geboren, der meiner Familie Besitztum sei 900 Jahren gewesen war."

Als Ich an diesem Tag morgens ins Preußische Innenministerium kam, wo ich Justitiar der

Preußischen Polizei war, erfuhr ich, daß durch einen Gewaltakt der Reichsregierung Preußen \* zur politischen Ohnmacht erniedrigt worden war und die Verhaltung der maßgebenden Beamten des Berliner Polizeipräsidioms bevorstand. Nach kurzer Besprechung mit meinem Chef, dem Ministerialdirektor Dr. Erich Klausener, führende Person der Zentrumsparlei, entstande ich einen höheren Beamten nach dem Polizeipräsidium am Alexanderplatz, damit er den drei dort soeben verhafteten Persönlichkeiten Vollmachten zur Durchführung der erforderlichen rechtlichen Maßnahmen überbringe. Es waren dies der Polizeipräsident Albert Grzesinski, der Vize-Polizeipräsident Bernhard Weiß (der sogenannte VI-Po-Prä) und der Chef der Schutzpolizei, Magnus Heimasberg. Die drei Verhafteten wurden schließlich entlassen und überlebten die Geschehnisse: Albert Grzesinski durch seine Auswanderung nach England, Bernhard Weiß durch seine Auswanderung nach England, Magnus Heimasberg wurde nach dem Kriege Polizeipräsident in Wiesbaden. (Ein nachfolgender Prozeß war unsinnig gewesen).

Wenn am Sonntag, dem 19. Juli 1992, die Verwandten und Hinterbliebenen des "20. Juli" bei einem Empfang in Berlin vom Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen sich treffen, wie jedes Jahr, zur Ehrung der heldenhaften Hitler-Attentäter, dann müssen wir auch traurigen Herzens an den anderen "20. Juli" denken, der die so tragische Hitler-und-Holocaust Zeit vor-ausschattierte.

(-/17. Juli 1992/rs/fr)

\*\*\*\*\*

**Die Abrüstung chemischer "Giftpfropfstoffe gegen die Natur" ist überfällig**  
**Zum Problem der massenweisen Anwendung von Pestiziden und ihrer nicht mehr zu kontrollierenden Ausbreitung in der Umwelt**

**Von Klaus Lennartz MdB**

**Stellvertretender umweltpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion**

Seit dem 2. Weltkrieg werden die damals entwickelten chemischen Kampfstoffe und viele neu-entwickelten nicht nur gegen Menschen sondern als Pestizide auch gegen Schädlinge in der Natur angewendet. Wie wir uns einig sind, daß der Einsatz chemischer Kampfstoffe verboten und die existierenden vernichtet werden müssen, so sollten wir uns auch einig sein, die chemischen Giftstoffe gegen die Natur, soweit es möglich ist, nicht mehr anzuwenden und umwelt-verträglich zu vernichten.

Die zum Teil hochgiftigen Pestizide, also chemischen Schädlingbekämpfungsmittel (Insektizide) und Pflanzenbehandlungsmittel (Herbizide, Fungizide) werden tonnenweise in der Land- und Forstwirtschaft, im Gartenbau, auf öffentlichen Flächen, in Privatgärten, zum Holzschutz, in Wohnungen und in Textilien angewendet. Die Hersteller empfehlen die lebenszerstörenden Giftstoffe, aber übernehmen keine Haftung für die ökologischen und gesundheitlichen Schäden die zunehmend bekannt werden.

Seit längerer Zeit ist die alarmierende Tatsache bekannt, daß man Pestizide im Boden, im Grundwasser, in Flüssen und Seen, im Meer und im ewigen Eis der Antarktis, in der Milch und in der Muttermilch, im Obst und im Gemüse, in den Kleidungsstücken in Fischen, Vogeleiern und toten Robben findet, wenn man danach sucht. Die Tatsache, daß Pestizide auch in der Luft und in den Niederschlägen enthalten sind, ist seit einiger Zeit auch schon bekannt, aber von Wissenschaftlern des Hygieneinstituts der Universität Bonn im letzten Jahr in erschreckendem Maße nachgewiesen worden. Sie haben das seit 1. Januar 1991 verbotene Atrazin, Lindan und Nitrophenolderivate in Niederschlägen in Bonn-Venusberg, an der Wahnbachtalesperre im Siegkreis und im Oberbergischen Land mit höchsten Belastungen im Zeitraum September/Oktober festgestellt.

---

\* Preußen war in der Weimarer Republik der größte Bundesstaat

Es ist Zeit zum Handeln. Das erschreckende Aussterben vieler Tier- und Pflanzenarten hängt direkt oder indirekt auch mit dem Pestizideinsatz zusammen.

Es gibt immer mehr Hinweise, daß Pestizide das Krebsrisiko vergrößern, zum Beispiel möglicherweise in ländlichen Regionen zu vermehrten Leukämiefällen bei Kindern führen.

Allergien und Immunschwäche, akute und chronische Vergiftungen und die Schädigung der Nachkommen werden mit der Produktion, der Anwendung und der weltweit festzustellenden Umweltbelastung mit Pestiziden in Verbindung gebracht. Die Unfälle mit Pestiziden wie in Bhopal und bei SANDOZ und in vielen anderen Fällen haben zu riesigen ökologischen Schäden und zu Tod und Krankheit vieler Menschen geführt.

Der Giftstoff Pentachlorphenol wurde jahrelang in Holzschutzmitteln verwendet, obwohl das Bundesgesundheitsamt und die Hersteller wußten, daß es Dioxin enthält und zu schweren Gesundheitsschäden führen kann. Über die Frage, wer Schuld hat und für die Schäden haftet, wird zur Zeit noch gestritten.

Die Hersteller und die Behörden, die die Anwendung der Pestizide zulassen, müssen zunehmend erkennen, daß die ökologischen Folgen und gesundheitlichen Schäden der vielen chemischen Giftstoffe und ihrer nur zum Teil bekannten Abbau- und Reaktionsprodukte nicht mehr zu verantworten sind.

Mit großformatigen Anzeigen und mit der Entwicklung neuer Stoffe versucht die Industrie das verlorengegangene Vertrauen wiederzugewinnen.

Dies ist aber wenig glaubwürdig, denn über die EG-Ebene wird versucht, daß die in der Bundesrepublik verbotenen Pestizide wie zum Atrazin wieder zugelassen und weiter verwendet werden können. Der Vorsorgegrenzwert der EG-Trinkwasserrichtlinie und der Trinkwasserverordnung von 0,1 Mikrogramm/l wird kritisiert und soll heraufgesetzt werden. Das heißt im Klartext, es sollen weiter Pestizide verkauft und angewendet werden, auch wenn sie ins Grundwasser, in die Luft und in die Muttermilch gelangen.

Der BUND und viele Umwelt- und Naturschutzverbände, die Umweltministerkonferenz und die SPD fordern seit langem ein Verbot der besonders gefährlichen, schwerabbaubaren und krebserzeugenden Giftstoffe in Pestiziden. Es wird Zeit daß sich alle Verantwortliche darauf verständigen, daß - ohne auf endgültige Beweise zu warten - die bekannten, gefährlichen, chemischen Giftstoffe aus dem Verkehr gezogen und verboten werden. Es dürfen nur die Pflanzenschutzmittel und -maßnahmen zugelassen und angewendet werden, die nach dem Vorsorgeprinzip keine Umwelt- und Gesundheitsschäden verursachen können.

Wir müssen die Arbeiter bei der Herstellung, die Landwirte und Verbraucher bei uns und weltweit bei der Anwendung und uns alle und unsere Kinder und deren Nachkommen und die lebendige Natur endlich wirksam vor diesen chemischen Giftstoffen und ihren noch nicht absehbaren Folgen schützen. Die Abrüstung dieser chemischen "Giftkampfstoffe" bei uns und weltweit ist überfällig.

Die SPD wird die Bundesregierung erneut im Bundestag auffordern, die notwendigen Verschärfungen des Pflanzenschutzrechts unverzüglich zu veranlassen.

(-/17.7.1992/vo-he/ks)

\*\*\*\*\*